

**Ausschuss für Inneres und Sport**

(106. - öffentliche - Sitzung am 17. November 2016)

**Beratungsthemen:**

**1. Beschlussfassung über einen Antrag auf Unterrichtung**

**hier:** Beschlussfassung über den Antrag der CDU-Fraktion auf Fortsetzung der Unterrichtung durch die Landesregierung zum Fall einer voll verschleierte Schülerin an einer Oberschule in Belm

*Der Ausschuss bat die Landesregierung zunächst um schriftliche Mitteilung, ob zu der voll verschleierte Schülerin und/oder ihrer Familie polizeiliche Erkenntnisse vorliegen. Für den Fall, dass derartige Informationen vorliegen, wird die Landesregierung gebeten, den Ausschuss im Sinne des Antrags der CDU-Fraktion mündlich zu unterrichten.*

**2. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/6878](#)

*Nachdem der Ausschuss gemäß § 25 Abs. 1 GO LT übereingekommen war, den Gesetzentwurf bereits in dieser Sitzung zu beraten, stellte die Landesregierung die Grundzüge des Gesetzentwurfs vor. Der Ausschuss kam überein, die Anhörung unter TOP 3 auf diesen Gesetzentwurf zu erweitern und ihn zukünftig gemeinsam mit dem Gesetzentwurf unter TOP 3 a) und dem Antrag unter TOP 3 b) zu beraten. In Anbetracht der Kürze der Zeit zur Vorbereitung einer Stellungnahme zum Gesetzentwurf in [Drs. 17/6878](#) wird den Anzuhörenden und den Einsendern schriftlicher Stellungnahmen zum Gesetzentwurf unter TOP 3 a) die Möglichkeit eingeräumt, ergänzende schriftliche Stellungnahmen vorzulegen.*

**3. a) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung und anderer Gesetze**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/6232](#)

**b) Einsatz von Body-Cams sofort ermöglichen - Polizisten schützen, Beweise sichern, Strafverfolgung sicherstellen!**

Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 17/5276](#)

*Der Ausschuss führte eine Anhörung durch. Angehört wurden:*

- Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände
- Die Landesbeauftragte für den Datenschutz Niedersachsen
- Dr. habil. Nils Zurawski, Universität Hamburg, Institut für kriminologische Sozialforschung
- Niedersächsischer Anwalt- und Notarverband
- Taser International Europe SE
- Bund Deutscher Kriminalbeamter
- Deutsche Polizeigewerkschaft im DBB
- Gewerkschaft der Polizei Niedersachsen

*In diesem Zuge nahmen die Anzuhörenden auch Stellung zum Gesetzentwurf unter TOP 2.*